

Anlauf zum Aufschwung

Eine exklusive Studie zeigt: Mit weniger gesetzlichen Regeln könnte Deutschland den Jobmotor anwerfen.

Auf den 8. Mai blickt Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), mit Spannung: Ist die Politik lernfähig oder beratungsresistent? An diesem Tag startet die Anhörung zur Föderalismusreform. Was dort im Bildungsteil geplant ist, halten das IW und andere Experten für einen Irrweg: »Statt Schulen und Universitäten in die Autonomie zu entlassen, revitalisieren wir Kleinstaaterei und lassen 16 Länder walten«, klagt Hüther. »Andere Nationen geben einheitliche Standards vor, fördern den Wettbewerb und damit Wachstum.«

Hüther kann sich auf ein neues Rechenwerk des eigenen Hauses stützen. Danach gilt als statistisch abgesichert, dass sich der Wohlstandsvorsprung von Musterländern wie Finnland zu einem Fünftel allein durch deren bessere Bildungssysteme erklärt. Wohlgemerkt: Die Wirkungen von Steuersystem, Arbeits- und Produktmärkten sind da noch außen vor.

22 Staaten untersucht

Die überraschende Zahl ist Teil einer aufwendigen und breit angelegten Expertise. Das IW in Köln hat im Auftrag der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« für 22 Industrieländer erforscht, wie sich staatliche Regulierung auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt. Die Studie liegt impulse exklusiv vor. Sie widersteht der Versuchung, Regulierung nur schmalzpurig auf dem Arbeitsmarkt zu messen. Insgesamt nehmen die Autoren fünf Bereiche in den Blick: Produkt-, Kapital- und Arbeitsmarkt, Bildungs- und Innovationssystem sowie »Good Governance« – die staatlichen Rahmensetzungen also. 120 Variablen und 20 Studien gingen in die Messung ein. Vor allem aber: Erstmals werden die Dimensionen genannt, in denen weniger Regulierung

4,9 Millionen Jobs

könnten entstehen, wenn Deutschland nach dem angelsächsischen Vorbild regulieren würde.

Die Rechnung stützt sich auf die durchschnittliche Performance der Staaten Großbritannien, Irland, USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Letzteres ist laut IW das Land mit der geringsten Regulierungsdichte.

Vorbildliche Maßnahmen

- n Einfaches Steuerrecht mit nur drei Tarifen wie etwa in Neuseeland
- n Etablierung von betrieblichen Bündnissen zu Löhnen und Arbeitsbedingungen in Australien
- n Liberalisierter Kapitalmarkt fast ohne Staatseinfluss in Großbritannien

4,2 Millionen Jobs

könnten entstehen, wenn Deutschland nach dem skandinavischen Vorbild regulieren würde.

Die Referenzländer sind Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland. Die meisten haben hohe Staatsquoten – und stehen dank guter Bildungspolitik und guter staatlicher Institutionen doch glänzend da.

Vorbildliche Maßnahmen

- n Schulautonomie mit Arbeitszeitfreiheit wie etwa in Finnland
- n »Fördern und fordern« mit Pflicht zur Arbeitsannahme in Dänemark
- n Umfassende Produktmarkt-Deregulierung, auch für soziale Dienstleistungen, in Schweden



Doch die Politik ist weit weg vom Idealfahrplan.



Foto: Ullstein / Caro / Meyerbröker

die Beschäftigung antreiben und damit Wohlstand generieren könnte. Mehr als vier Millionen neue Stellen wären möglich, wenn Deutschland Deregulierung nach skandinavischem oder angelsächsischem Muster betriebe (siehe Kästen). Die Verfasser Dominik Enste und Stefan Hardege wissen, dass sich ein arbeitgebernahes Institut wie das IW mit diesen Ergebnissen schnell der Kritik aussetzt, eine Milchmädchenrechnung aufzustellen. »Die von uns ermittelten Zusammenhänge zwischen Regulierung und Wohlstand basieren auf breiter Quellenlage und einer allgemein anerkannten Rechenmethode«, betont Enste.

Erfolg braucht Zeit

Natürlich schafft Deutschland vier Millionen Jobs nicht im Hauruck-Verfahren. Enste: »Wir reden über einen Prozess, der auch in Musterländern mindestens zehn Jahre gedauert hat.« Und natürlich drücken vier Millionen Neubeschäftigte die Nürnberger Arbeitslosenstatistik nicht in gleichem Umfang: Etliche werden aus der so genannten stillen Reserve kommen – ältere Arbeitnehmer, Hausfrauen, Schwarzarbeiter und Studenten.

Wie ausgewogen die Studie das Problemfeld Regulierung aufrollt, zeigt die Behandlung des Reizthemas Arbeitsmarkt. Auf längere Sicht ermittelten die Autoren einen größeren Wohlstandsgewinn durch Bildungspolitik als durch gelockerte Jobvorschriften. Gleichwohl hat Letzteres hier Top-Priorität, weil unser Arbeitsmarkt besonders reglementiert ist. Die Studie zeigt, dass gesenkte Standards vor allem Langzeitarbeitslosigkeit drastisch reduzieren. Zum Vergleich: In Deutschland sind 51 Prozent der Jobsucher länger als zwölf Monate arbeitslos, Dänemark hat durch liberales Arbeitsrecht eine nicht mal halb so hohe Quote. ▶

> Wechseln zahlt sich aus – mit dem Gewinner-Depot.



Jetzt von kostenlosem Depot und 5% Tagesgeldzinsen p.a. profitieren!

- Günstig Wertpapiere handeln ab 9,90 Euro
- Spitzen-Fonds mit bis zu 100% reduzierten Ausgabeaufschlägen
- Auf Wunsch unabhängige Depotanalyse mit Anlageempfehlung

* Einsatz ab 100 € monatliche Guthaben bis 5.000 Euro bei Mindestkapitalverbleib von 1.000 Euro. Depotgebührenbefreiung bis Ende 2006.

www.comdirect.de

Telefon 01803 - 4445 (09:00 bis 20:00)

.comdirect

Die Studie gibt der Politik überzeugende Argumente in die Hand, mehr wirtschaftliche Freiheit zu wagen. Aber es wäre nicht die erste ungenutzte Chance. Der Umgang mit der Deregulierungskommission, die 1991 der Kohl-Regierung schon massenhaft gute Vorschläge unterbreitete, ist typisch. Dicker Staub liegt auf dem Bericht. Immerhin: Versicherungs- und Energiemärkte sind inzwischen geknackt – vor allem dank EU-Hilfe. Die Handwerksordnung, an die sich die Union damals nicht ranwagte, hat Rot-Grün zwölf Jahre später modernisiert. »Es ist schon ärgerlich, dass es so lange dauert, bis überzogene Regulierungen abgebaut werden«, sagt der Ex-Kommissionsvorsitzende und Ökonom Jürgen Donges.



» « Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft

Berlin fehlt noch der Mut zu großen Lösungen

Nachbarn haben die Bürokratie über Jahre grob vermessen und dann einen 25-prozentigen Regulierungsabbau festgelegt. Bis nächstes Jahr sollen die Unternehmer von rund vier Milliarden Euro Aufwand entlastet sein.

Doch Wunder sind hier zu Lande schon deshalb nicht zu erwarten, weil nur die Informationspflichten von Firmen angegangen werden – und damit lediglich ein Ausschnitt staatlicher Regelungswut. »Immerhin wird Bürokratieabbau als Prozess organisiert«, lobt Hüther. Einmal aufgesprungen, gibt es so leicht kein Zurück. Das ist allemal intelligenter, als die x-te Abbau-Kommission zu berufen.

Dirk Horstkötter horstkotter.dirk@impulse.de

Vorbild Niederlande

Und was passiert jetzt unter Kanzlerin Angela Merkel? Der Koalitionsvertrag ist weit davon entfernt, ein Dokument der Entfesselung zu sein. Enttäuschend auch die ersten Monate Regierungshandeln, in denen Merkel selbst die Debatte um Mindestlöhne entfachte – eine neue, tief greifende Regulierung auf dem Arbeitsmarkt steht vor der Tür (siehe »Schwarz-Rot auf dem Prüfstand«).

Einen Lichtblick gibt es: Das Regierungsdrehbuch zum Bürokratieabbau ist weitgehender, als es die Wahlprogramme von Union und SPD je waren. Das niederländische Erfolgsmodell ist als Vorbild fixiert. Die

Schwarz-Rot auf dem Prüfstand

Eins vor, zwei zurück – die Große Koalition zeigt mit ihren ersten Maßnahmen nur bedingt Mut, mehr wirtschaftliche Freiheit zu organisieren.

Bildungsreform Der Bund ignoriert ausländische Erfolgsmodelle und plant Kleinstaaterei. Misslich, dass das Förderalismuspaket fest geschnürt scheint: ↻

Bürokratieabbau Die Koalition hat eine ordentliche Blaupause, sie kann sich aber in Macht- und Methodenfragen verhaken. Die Chancen überwiegen: ↻

Kündigungsschutz Für die ausgedehnte Probezeit von sechs auf 24 Monate fallen im Gegenzug Befristungsmöglichkeiten weg – ein Nullsummenspiel: ↻

Mindestlohn Dieser ist kaum noch zu verhindern, da auch Kanzlerin Merkel mehrfach öffentlich Wohlwollen artikuliert hat – es droht ein Jobkiller: ↻

Small-Company-Act Das Sofortprogramm zum Abbau von Statistik- und Meldepflichten fällt bescheidener aus als geplant; unterm Strich ein Gewinn: ↻

↻ Deregulierung; ↻ Regulierung; ↻ neutral. ©impulse 5/2006

Für Ihre Zukunft – unsere Futures

Seminare über Futures und Optionen für Einsteiger und Fortgeschrittene

Eurex, die weltweit größte Terminbörse und Börse Online, Deutschlands führendes Anlegemagazin, bieten Ihnen in Seminaren die Möglichkeit, das Wichtigste über Futures und Optionen zu erfahren.

Stuttgart 26. 27.04.2006	München 10. 11.05.2006
Hamburg 13. 14.09.2006	Köln 15. 16.11.2006

Ausführliche Informationen und die Anmeldeunterlagen erhalten Sie unter www.eurexchange.com/seminar oder [T+49\(0\)69-211-11290](tel:+4906921111290)

Neugierig? Besuchen Sie uns im Web: www.eurexchange.com/video-seminar. Das Grundlagen-Video-Seminar von Eurex führt Sie in die Grundbegriffe und Strategien des Terminhandels ein.

